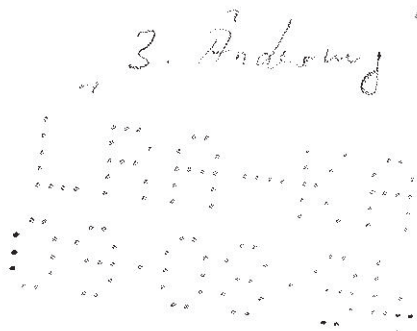


STADT ÖSTRINGEN
Landkreis Karlsruhe



ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES "WEST/NORDTEIL" Östringen

Aufgrund § 10 i.V. § 13 des Baugesetzbuches (BauGB) und § 73 der Landesbauordnung Baden-Württemberg (LBO) i.V. § 4 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GO) hat der Gemeinderat der Stadt Östringen am 21.03.1994 die

Änderung des Bebauungsplanes

"West/Nordteil"

in Östringen als **Satzung** beschlossen.

§ 1

Gegenstand der Änderung

Gegenstand der Änderung des Bebauungsplanes sind die schriftlichen und zeichnerischen Festsetzungen.

§ 2

Inhalt der Änderung

a) zeichnerische Festsetzungen

Die zeichnerischen Festsetzungen für die Baulinien und Baugrenzen der Hauptgebäude im Bereich Goethestraße (Teil), Heinrich-Mann-Straße, Ludwigstraße (Teil), Allmendstraße (Teil) und Lessingstraße werden aufgehoben und durch die entsprechenden Festsetzungen in dem dieser Satzung als Bestandteil beigegebenen Lageplan (M 1 : 1000) vom 21.03.1994 ersetzt.

b) schriftliche Festsetzungen

Die Festsetzungen in § 4 Abs. 2 der schriftlichen Festsetzungen in der Satzung vom 02.09.1968 werden für den vorstehend genannten Bereich bezüglich der Hauptgebäude aufgehoben und durch nachstehende Bestimmung ersetzt:

Die Hausabmessungen der Hauptgebäude dürfen höchstens 16 m x 12 m betragen.

Dies gilt nicht für die Grundstücke auf denen durch die bisherigen Festsetzungen größere Gebäude zulässig sind.

Im übrigen bleiben die schriftlichen und zeichnerischen Festsetzungen des Bebauungsplanes vom 02.09.1968 unberührt.

§ 3

Ordnungswidrigkeit

Ordnungswidrig i.S. § 74 LBO handelt, wer dem aufgrund von § 9 Abs. 4 BauGB i.V. § 73 LBO getroffenen Festsetzungen dieser Satzung zuwiderhandelt.

§ 4

Inkrafttreten

Diese Änderung des Bebauungsplanes tritt mit ihrer Bekanntmachung nach § 12 BauGB in Kraft.

Östringen, den 27.05.1994



Bamberger, Bürgermeister

Diese ist die authentische Fertigung der Änderung des Bebauungsplanes "West/Nordteil" die dem Aufstellungsverfahren zugrunde lag und vom Gemeinderat der Stadt Östringen am 21.03.1994 als Satzung beschlossen wurde.

Die Rechtmäßigkeit des Verfahrens ist durch das Landratsamt Karlsruhe mit Schreiben vom 09.08.94 bestätigt worden.

Die Änderung ist mit ihrer Bekanntmachung am 02.09.1994 in Kraft getreten.

Ausgefertigt am 14.09.1994



Bamberger, Bürgermeister